

Roland Schäfer

Bürgermeister der Stadt Bergkamen

1. Vizepräsident des Städte- und Gemeindebundes NRW (StGB NRW)

Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DStGB)

Land und Kommunen - Vernetzte Verwaltung E-Government in NRW

Ansprache
auf dem

6. ÖV-Symposium NRW 2005

am 28. September 2005

in

Mülheim a. d. R.

Einleitung

Als 1. Vizepräsident des Städte- und Gemeindebundes NRW und als Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes freue ich mich, heute an so prominenter Stelle die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des 6. ÖV-Symposiums im Namen der Kommunalen Spitzenverbände unseres Landes - also auch im Namen des Städtetages NRW und des Landkreistages NRW - begrüßen zu dürfen.

Es war lange Zeit nicht selbstverständlich, dass Land und Kommunen Hand in Hand gemeinsam die Wege zur elektronischen Verwaltung gehen. Geraume Zeit war man der Meinung, dass die Interessen und Technologien in der öffentlichen Verwaltung so unterschiedlich seien, dass für Kooperationen kein zwingender Grund bestehe.

Diese Auffassung werden Sie heute nirgends mehr antreffen. Aus eigener, langjähriger Erfahrung als Bürgermeister und auf Grund meiner Mitarbeit im Städte- und Gemeindebund weiß ich, dass heute die Schlüsselbegriffe

- Kooperation,
- Integration und
- Effizienzsteigerung

heißen und kein Weg um sie herum geht.

Und alle drei Begriffe setzen voraus, dass Land und Kommunen vertrauensvoll miteinander umgehen und offen ihre bisherigen Erfolge, ihre Ziele und Vorgehensweisen aber auch ihre Probleme kommunizieren. Dafür haben wir uns heute hier zusammen gefunden.

Lassen Sie mich als Einleitung für den heutigen Tag kurz die drei genannten Schlüsselbegriffe aus meiner Sicht erläutern.

Kooperation

Land und Kommunen müssen und wollen gemeinsam handeln.

Nicht nur Vorgaben aus Berlin, beispielsweise in den Bereichen Melderecht und Steuerrecht, verpflichten die Kommunen, gemeinsam mit anderen Verwaltungsbehörden elektronisch zu kommunizieren.

Auch der freiwillige Austausch von Daten in Nordrhein-Westfalen soll verstärkt elektronisch erfolgen. Dies erfordert eine intensive Kooperation.

So sehen wir uns beispielsweise auf kommunaler Seite einer Vielzahl von Fachverfahren mit zum Teil eigenen Standards und Protokollen ausgesetzt. Wir können und wollen es uns nicht leisten, an diesen Exoten festzuhalten. Vielmehr müssen uns wir mit allen an der elektronischen Kommunikation Beteiligten auf den Einsatz allgemeingültiger Standards einigen.

Dies braucht allerdings Zeit, denn weder das Land noch die Kommunen können finanziell einen Umstieg von heute auf morgen ohne weiteres bewältigen. Diesen Umstieg wollen wir gemeinsam meistern.

Ein wesentliches Instrument ist daher die für die Kooperation in NRW erforderliche Clearingstelle. Mit ihrer Hilfe können alle Verwaltungen in NRW, aber auch über die Landesgrenzen hinaus, Daten standardisiert austauschen. Davon profitieren wir alle.

Daneben dokumentieren das Land und die Kommunalen Spitzenverbände mit der „Rahmenempfehlung über die Weiterentwicklung des e-Government in Nordrhein-Westfalen“ vom Frühjahr dieses Jahres, dass sie ihre Kooperation an weiteren Meilensteinen messen wollen.

Hierzu gehört u. a. die Schaffung eines vollständigen, sicheren Behördennetzes. Wir haben innerhalb kürzester Zeit eine beinahe 100-prozentige Abdeckung erreicht, so dass die Verwaltungen in NRW unabhängig vom unsicheren Internet miteinander kommunizieren können.

Weiterhin wollen wir unsere Internet-Portale vernetzen, so dass für die Bürgerschaft und die Wirtschaft die Zuständigkeiten transparenter werden.

Wir wollen die Einführung digitaler Signaturen zur Ermöglichung sicherer Transaktionen unterstützen, das relevante Recht auf „E-Government-Tauglichkeit“ hin abklopfen und nicht zuletzt die Verwaltungsverfahren allgemein schlanker und effizienter machen.

Dies kann nur gemeinsam erreicht werden.

Lassen Sie mich zum nächsten Punkt übergehen:

Integration

Die Bürgerschaft, die Wirtschaft, aber auch unsere eigenen Verwaltungen, erwarten – meines Erachtens zur Recht –, dass Informationen und Verfahren der öffentlichen Hand im Rahmen des rechtlich Zulässigen, transparent zusammengeführt werden.

Schon in der herkömmlichen Verwaltung stehen vielfach Zuständigkeitsstreitigkeiten dem eigentlichen Verwaltungshandeln im Wege und verzögern die Erfüllung unserer gesetzlichen und freiwilligen Aufgaben.

Wie viel mehr muss es dem verwaltungsfernen Nutzer unverständlich erscheinen, dass bestimmte Fachverfahren oder die hierfür benötigten Informationen verteilt und unverbunden, teilweise doppelt und dreifach, nebeneinander existieren, ohne dass sie integriert werden.

Im Bereich der Privatwirtschaft sehen wir tagtäglich, wie – nicht immer perfekt, aber immerhin tendenziell -, Geschäftsprozesse integriert, Daten übernommen und Ergebnisse so zum Teil in Echtzeit erreicht werden können.

Nehmen Sie beispielsweise die Bezahlplattform „PayPal“. Nach einer einmaligen Authentifikation über ein Bankkonto oder eine Kreditkarte können Sie in Sekundenschnelle Geldbeträge virtuell an Dritte bezahlen. Die Belastung bzw. Gutschrift von Ihrem Bankkonto erfolgt im Hintergrund. Sie sollten lediglich noch Ihre Kontoauszüge kontrollieren.

Mit diesen real existierenden Systemen in der Wirtschaft wachsen auch die Erwartungen an uns als Verwaltung. Für die Bürgerschaft oder ein Unternehmen ist es vielfach unerheblich, wer was genau macht – Hauptsache, das Ergebnis ist sachgerecht und schnell erreicht. Hierfür müssen wir unsere Informationen bündeln, sie vernetzen und insbesondere auch im Transaktionsbereich dafür sorgen, dass die

Zielanwendungen schnell gefunden und Doppel-Eingaben vermieden werden.

Die Internettechnologien mit ihren Verlinkungsmöglichkeiten und moderne Protokolle wie im Bereich der WebServices ermöglichen es uns, genau diese Ziele zu erreichen.

Wichtig bleiben dabei natürlich die Datensicherheit und der Datenschutz. Diese sind stets zu beachten, wenn wir von Integration sprechen.

Lassen Sie mich noch kurz auf den dritten Schlüsselbegriff eingehen, die

Effizienz

Wir wollen in der öffentlichen Verwaltung durch den Einsatz der Informations- und Kommunikationstechnologien effizienter arbeiten. Wir wollen gleich gute oder vielleicht sogar bessere Ergebnisse in kürzerer Zeit mit weniger Kosten erreichen. Wir wollen Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit unseres Handelns erhöhen.

Durch E-Government haben wir die Möglichkeit, Verfahren insgesamt in ihren Voraussetzungen, ihrem Ablauf und ihren Folgen intensiv zu beleuchten.

E-Government darf gerade nicht heißen, ein bestehendes Verfahren im Verhältnis Eins zu Eins in die digitale Welt zu übersetzen.

E-Government muss bedeuten, dass in jedem einzelnen Verfahren überprüft wird, ob alle bisher Beteiligten tatsächlich beteiligt werden müssen, welche Schritte wegfallen oder abgekürzt werden können und wie die im Verfahren verwendeten Daten effizienter erhoben und ohne Medienbrüche verarbeitet werden können bzw. für Drittverfahren mit benutzbar sind.

Dadurch können wir Ressourcen einsparen, Verfahren beschleunigen und unsere Arbeit sowohl für die Bürgerschaft und Unternehmen, aber auch im verwaltungsinternen Bereich optimieren und zu einer besseren Verwaltung führen.

Die Einführung elektronischer Verfahren bietet uns also die einzigartige Chance, unser bisheriges Verwaltungshandeln kritisch auf den Prüfstand zu stellen.

Diese Chance sollten wir im Interesse einer erforderlichen Effizienzsteigerung nicht ungenutzt lassen.

Ausblick

Das heutige Symposium ist ein weiterer wichtiger Schritt auf dem gemeinsamen Weg zu einem ganzheitlichen E-Government in Nordrhein-Westfalen.

Die von mir genannten Schlüsselbegriffe

- Kooperation,
- Integration und
- Effizienz

werden uns am heutigen Tage immer wieder begegnen.

Das 6. ÖV-Symposium zeigt in den Referaten und Workshops und an den Ausstellungsständen wie eine Zusammenarbeit zwischen Land und Kommunen und innerhalb der kommunalen Familie trotz knapper Kassen gelingen kann und welche Aufgaben noch zu bewältigen sind.

Im Namen der kommunalen Spitzenverbände wünsche ich dem Land Nordrhein-Westfalen und seinen Kommunen einen fruchtbaren Erfahrungsaustausch, dessen Ergebnisse sicher über die heutige Veranstaltung hinaus wirken werden.

www.roland-schaefer.de

www.kommunen-in-nrw.de

www.dstgb.de